

Heute leiden, morgen genießen

Wer Staatsausgaben kürzt, verstärkt die Krise? Mitmichten. Er sorgt sogar für Aufschwung

Die hochverschuldeten Staaten in der europäischen Peripherie bekunden, ihre staatliche Neuverschuldung deutlich reduzieren zu wollen. Dies geschieht zum einen durch eine Kombination aus höheren Steuern und der Kürzung von Staatsausgaben. Daneben ergreifen diese Länder, in unterschiedlichem Ausmaß, angebotspolitische Maßnahmen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Als Beispiele ließen sich die Deregulierung des Transportgewerbes und die geplante Erhöhung des Rentenalters in Griechenland anführen.

Wie werden diese Maßnahmen wirken? Unter Ökonomen dürfte weitgehend Konsens über die langfristig positiven Wirkungen von Angebotspolitik auf die Wettbewerbsfähigkeit existieren. Umstrittener sind die Folgen staatlicher Sparpolitik auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und damit das kurz- und mittelfristige Wirtschaftswachstum. Eine traditionelle Ansicht, die sich (zu Recht oder zu Unrecht) auf John Maynard Keynes beruft, prognostiziert eine schwere Wirtschaftskrise als Ergebnis einer nachlassenden staatlichen Nachfrage. Der Konjunkturbruch in Griechenland scheint diese Sichtweise zu bestätigen.

Und doch könnte diese verbreitete Ansicht falsch sein. Es lassen sich theoretische, aber vor allem empirische Belege für die These finden, dass eine gut konzipierte staatliche Sparpolitik das Wirtschaftswachstum eher belebt als schädigt. Sollte sich diese Ansicht für den Rand Europas bestätigen, stünde die Peripherie vor einem möglicherweise sogar sehr kräftigen wirtschaftlichen Aufschwung.

Ob es so kommt, hängt wesentlich vom Verhalten der Menschen ab. Im traditionellen keynesianischen Modell führt nachlassende staatliche Nachfrage dazu, dass die Unternehmen ihre Investitionen zurückfahren und die Verbraucher pessimistisch werden. In einer alternativen modernen Sichtweise, die vor allem auf Arbeiten des Harvard-Ökonomen Robert Barro zurückgeht, denken Unternehmen und Verbraucher anders: Sie verbinden mit einer rückläufigen Staatsverschuldung weniger Steuererhöhungen in der Zukunft. Das verleitet sie dazu, jetzt weniger zu sparen und mehr zu konsumieren, weil sie in Zukunft weniger Geld benötigen. Die Unternehmen verbinden mit einem Rückgang der Staatsverschuldung die Erwartung niedrigerer Zinsen, was sie zu mehr Investitionen veranlasst.

Kurz: Staatliche Sparpolitik führt in traditionellen keynesianischen Modellen in die Krise, während sie in modernen Modellen einen Aufschwung zur Folge hat. Der Grund für diese sehr unterschiedlichen Ergebnisse sind die unterschiedlichen Erwartungen der Menschen

in den beiden Modellen. Das zeigt unter anderem ein Arbeitspapier der Frankfurter Ökonomen Tobias Cwik und Volker Wieland.

Welches Modell bildet die Erwartungen der Menschen besser ab? Fragt man den Harvard-Ökonomen Alberto Alesina, ist die Antwort klar. Alesina hält staatliche Sparpolitik für den Königsweg zu mehr Wachstum. Allerdings unterscheidet Alesina noch einmal: Er favorisiert eine Konsolidierung der Staatshaushalte durch Ausgabenkürzungen, während er in Steuererhöhungen weniger Vertrauen setzt. Das Argument folgt dem Muster Barros. Ausgabenkürzungen signalisieren den Menschen, dass sie in Zukunft mit gar keinen oder jedenfalls geringeren Steuererhöhungen als bisher erwartet kalkulieren können. Steuererhöhungen beschneiden nicht nur die verfügbaren Einkommen der Verbraucher, sie beschnei-

den auch das Wachstumspotential einer Wirtschaft. Solche Behauptungen lassen sich natürlich leicht aufstellen. Alesina beansprucht allerdings, auch die Empirie auf seiner Seite zu haben. Zusammen mit

DER SONNTAGS ÖKONOM

VON GERALD BRAUNBERGER

seiner Co-Autorin Silvia Ardağna hat er in einem Arbeitspapier 107 Fälle aus 21 Ländern untersucht, in denen entweder die Staatsausgaben stark ausgeweitet oder stark zusammengeschnitten wurden. Alesinas Schlussfolgerung aus dieser sehr umfangreichen Untersuchung ist klar:

„Die Erfahrung der vergangenen 40 Jahre legt nahe, dass Ausgabensteigerungen, die das Wirtschaftswachstum anregen sollen, und Steuererhöhungen, die Staatsdefizite verringern sollen, ihre Ziele kaum erreichen werden.“ Startdessen liegt es nahe, die entgegen gesetzte Strategie – Ausgabenkürzungen und Steuer senkungen – anzuwenden.

Alesina hatte im vergangenen Jahr Gelegenheit, seine Ansichten den führenden europäischen Politikern vorzutragen. Cwik und Wieland kommen in einer vorläufigen Untersuchung der Krisenjahre 2008 und 2009 ebenfalls zu dem Schluss, dass auf der Basis der modernen makroökonomischen Modelle „eine starke Begründung für Kürzungen von Staatsausgaben“ vorliegt, um das Wirtschaftswachstum zu fördern. Diese Programme müssten rechtzeitig und klar kommuniziert werden.

Es ist ideengeschichtlich interessant, dass sich in Keynes' Werk Hinweise auf die moderne Auffassung im Sinne von Barro und Alesina finden. Keynes hatte zwar expansive Finanzpolitik in Krisen befürwortet. Aber er hatte nicht auf höheren Staatsausgaben bestanden, sondern auch Steuer senkungen als eine Möglichkeit betrachtet. Vor allem aber war Keynes ein Gegner permanenter Neuverschuldung, die für ihn gleichbedeutend war mit einer Verunsicherung von Konsumenten und Unternehmern. Deshalb sah er es als wichtig an, nach einer Phase der Neuverschuldung durch die Kürzung öffentlicher Investitionen die Staatsausgaben wieder zurückzuführen.

Den bisher beschlossenen Sanierungsprogrammen in der europäischen Peripherie liegt keine lang durchdachte einheitliche Strategie zugrunde. Daher bestehen sie aus einem Sammelsurium an Maßnahmen, zu denen neben Ausgaben senkungen auch Steuererhöhungen gehören. Zudem sind in mehreren Ländern weitere Schritte wünschenswert, sowohl was die Stabilisierung der Staatsfinanzen als auch die angebotspolitischen Schritte auf dem Weg zu einer höheren Wettbewerbsfähigkeit betrifft.

Aber gemessen an der modernen Sichtweise geht die Sparpolitik in der Peripherie zumindest in die richtige Richtung. Das könnte zur Folge haben, dass sich die dortigen Volkswirtschaften schneller aus ihrer Krise erholen werden, als heute von vielen Pessimisten erwartet wird.

Alberto Alesina und Silvia Ardağna: „Large Changes in Fiscal Policy: Taxes versus Spending.“ Arbeitspapier 2009. Im Internet: http://www.economics.harvard.edu/faculty/alesina/files/Large%20Changes%20in%20fiscal%20policy_October_2009.pdf

Tobias Cwik und Volker Wieland: „Keynesian Government Spending Multipliers and Spillovers in the Euro Area.“ ECB Working Paper Series 2010. Im Internet: <http://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/scpwps/ecbwp1267.pdf>

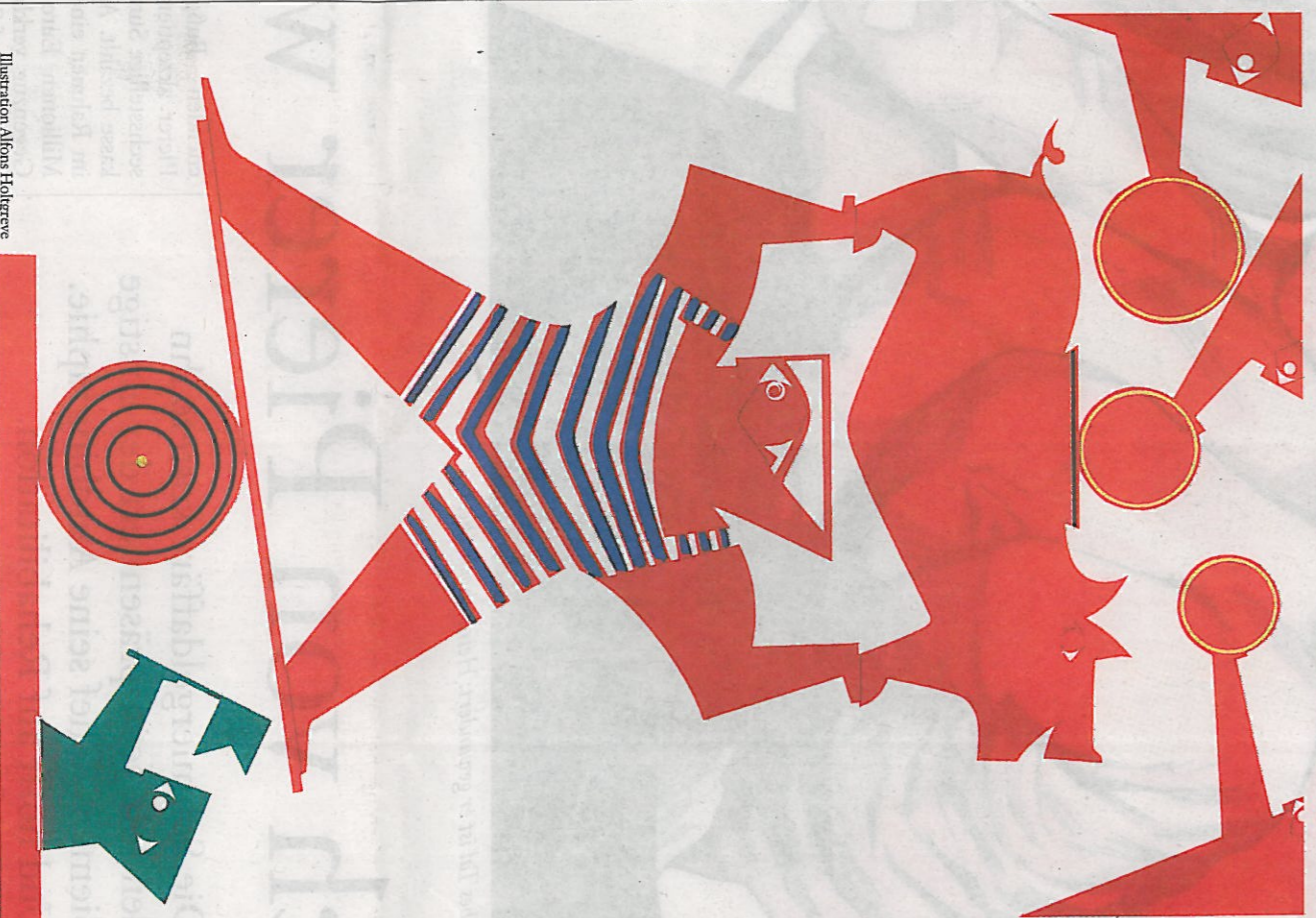


Illustration Alfons Holzgerwe